

Steuerung als Zukunftsaufgabe

Die Ärzteschaft legt vor –
doch Patienten und Politik müssen mitziehen



Dr. Hans-Albert Gehle

Präsident der Ärztekammer
Westfalen-Lippe

Wohin steuert das Gesundheitswesen? Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe stand die Bundestagswahl noch bevor, es dürfte noch einige Zeit dauern, bis feststeht, wer demnächst im Bundesministerium für Gesundheit Gelegenheit erhält, seine Ideen zu verwirklichen. Absehbar ist: Mit dem Thema „Steuerung“ wird sich das BMG in jedem Fall intensiv beschäftigen müssen. Keine leichte Aufgabe, und die Notwendigkeit, Patienten durch das Gesundheitswesen zu steuern, bestreitet niemand. Bei den Details herrscht allerdings noch längst keine Einigkeit.

Immerhin gibt es eine starke Tendenz: Das Stichwort „Primärarztssystem“ fand sich vor der Wahl in den Programmen vieler Parteien. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR) setzt zur Steuerung der Patientinnen und Patienten auf ein konsequent verwirklichtes Primärarztssystem. Jeder und jede solle sich bei einer haus- bzw. kinder- und jugendärztlichen Praxis registrieren, empfahl der SVR im vergangenen Jahr. Das Gremium hatte sich des Themas Steuerung bereits 2018 in einem Gutachten angenommen. Insbesondere in der Notfallversorgung tue bessere Patientensteuerung not, hieß es damals, um die knappen Ressourcen nicht vollends zu erschöpfen. Eine umfassende Reform der Notfallversorgung steht jedoch ebenfalls aus, erst recht deren Umsetzung.

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe hat vor gut einem Jahr einmal mehr deutlich gemacht, dass es im Vergleich zum Status quo gar keine tiefgreifenden Veränderungen der Versorgungsstrukturen braucht. Ändern muss sich vielmehr deren Nutzung: Schon mit einem verpflichtenden telefonischen Erstkontakt könnte Patientinnen und Patienten der für sie „passende“ Versorgungsweg aufgezeigt werden. Dieser Weg muss dann allerdings auch verbindlich sein. Auch beim kommenden Deutschen Ärztetag in Leipzig werden sich die Abgeordneten mit der Steuerung von Patientinnen und Patienten beschäftigen, die Bundesärztekammer wird ein Konzept hierzu vorlegen. Aus ärztlicher Sicht ist Steuerung also durchaus machbar. Und aus Sicht der Patienten?

Vernunft, Einsicht und Freiwilligkeit: Idealerweise sind dies die Schlüssel für eine effiziente Patientensteuerung. Dahingehende Ansprache zeigt aber leider längst nicht bei allen Versicherten die gewünschte Wirkung. Könnte ein mehr oder weniger sanfter finanzieller Druck die Einsicht fördern? Nachlässe auf den Krankenkassenbeitrag oder Zuzahlungen beim Arztbesuch sind allerdings nicht unproblematisch. Wer wünscht sich schon die Zeiten zurück, als Arztpraxen mit der Praxisgebühr zu Geldsammelstellen für die Krankenkassen umfunktioniert wurden?

Es ist deshalb den Versuch wert, Patientensteuerung auch ohne zusätzlichen Geldfluss zu verwirklichen. Die Versicherten werden sich am ehesten über die Qualität der Versorgung steuern lassen. Wenn Menschen überzeugt sind, an einer bestimmten Stelle die bestmögliche Lösung für ihr Anliegen zu erhalten, lassen sich die Patientenströme dorthin lenken. Dieser Ansatz bedingt allerdings, dass am Ende aller Steuerungsbemühungen auch tatsächlich ein passgenaues und erreichbares Versorgungsangebot steht, bei dem es nicht vorrangig um Sparen und Kostenbegrenzung geht, sondern um Qualität.

Qualität der Versorgung bemisst sich für den Einzelnen nicht nur am medizinischen Ergebnis von Diagnostik und Therapie. Patientinnen und Patienten wollen eine Versorgung aus einem Guss erhalten. Sie wollen mit ihrem oft komplexen Gesundheitsproblem nicht an mehreren unterschiedlichen Stellen nach Leistungen fragen, die ihnen in den verschiedenen Bereichen unseres Sozialversicherungsrechtes zustehen. Eine in dieser Hinsicht höherwertige Versorgung lässt sich deshalb am ehesten erreichen, wenn die Binnengrenzen des Sozialversicherungsrechts fallen und Hemmnisse abgebaut werden. Das Ziel muss eine Versorgung aus einer Hand sein – realisiert im Team, geleitet und verantwortet von Ärztin oder Arzt. Auf dieses Ziel hinzusteuern, wird in den nächsten Jahren Aufgabe der Ärzteschaft sein.